

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren, sie werden von mir keine Jubelarie zu dieser ökopopulistischen und alarmistischen Klimaresolution erwarten.

Trotzdem möchte ich zunächst einzelne Aspekte dieser Resolution besprechen, und unsere eigene Sicht dazu.

Natürlich setzen auch wir uns für die Rechte der indigenen Bevölkerung weltweit ein, sei es im Amazonasbecken oder anderswo. Deren Schutz vor Verdrängung aus ihren angestammten Lebensräumen ist uns genauso wichtig wie der Erhalt und Schutz unseres eigenen Lebensraums.

Und natürlich wenden wir uns auch gegen die Ausbeutung dieser Menschen durch skrupellose Geschäftemacher, wie man es z.B. beim Kobaltabbau im Kongo exemplarisch beobachten kann oder beim Export alter Fotovoltaik-Paneele nach Ghana, die dort unsachgemäß am offenen Feuer „recycelt“ werden, was zu tödlichen Schwermetall-Vergiftungen bei den Arbeitern und zu einer unglaublichen Umweltvergiftung führt.

Und natürlich setzen wir uns im eigenen Land für die Rechte und die Würde der am stärksten von langjähriger Ungerechtigkeit betroffenen Energie-

Verbraucher ein, der armen Rentner, Alleinerziehenden und Niedriglöhner, die mit ihrer Stromrechnung die Dividenden gutbetuchter Windkraftgenossen und Solardachbesitzer bezahlen müssen und nebenbei mit 5 Mrd. Euro jährlich besonders energieintensive Unternehmen subventionieren. Es gibt wenig Unsozialeres als die deutsche Energiewende.

Und natürlich stehen wir auf der Seite bedrohter Mittelständler und Kleingewerbetreibenden, die die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der auf Subventionen basierenden Energiewende mit inakzeptablen Energiepreissteigerungen am stärksten spüren.

Und natürlich setzen wir uns für den Schutz und die Aufforstung von Wäldern weltweit ein, im Amazonasbecken, in Zentralafrika und auch in Asien. Die Abholzung dieser Wälder zum Anbau von Ölpalmen und Soja für Biokraftstoffe, vegane Lebensmittel, billige Schokolade und Brotaufstriche, aber auch zur Tiermast ist sicher zu kritisieren und muß beendet werden. Wir sollten dabei aber nicht den heimischen Wald vergessen, den Odenwald, den Reinhardtswald und andere Wälder, die der einheimischen „Windkraftlobby“ genauso zum Opfer fallen wie

Hunderttausende Vögel, Fledermäuse und Tausende Tonnen an geschredderten Insekten, Jahr für Jahr.

Und natürlich wenden wir uns dagegen, dass grundlegende menschliche Bedürfnisse, wie Nahrung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Verkehrsmittel und Energie durch eine unverantwortliche Energiewende weiter verteuert werden.

Die geplante Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung, höhere Kraftstoffsteuern, der Zwang zu teurer E-Mobilität und der Zwangsaustausch preiswerter und effektiver Heizungsanlagen durch ineffektive und teure Elektroheizungen werden in Kombination mit geringen Löhnen, für die die deutschen Regierungen der vergangenen 30 Jahre die Verantwortung tragen, zur Verarmung von immer mehr Menschen führen.

Wir anerkennen ausdrücklich die erbrachten Leistungen, Pläne und Strategien, die der Kreis Mayen-Koblenz bereits zur Emissionsreduzierung und zum nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen entwickelt und umgesetzt hat.

Wir stehen eben nicht bei Null, sondern können stolz auf lange Jahre einer über alle Fraktionen und engagierte Mitarbeiter der Kreisverwaltung hinweg

gemeinsam gestalteten nachhaltigen Umweltschutzpolitik zurückblicken.

Wir unterstützen natürlich auch weiter alle Bemühungen im Kreis-Mayen-Koblenz zur notwendigen Anpassung an den Klimawandel, um unvermeidliche Auswirkungen des Klimawandels zu verringern.

Kommen wir nun zur notwendigen Kritik.

Dieses Papier arbeitet mit der mittlerweile bekannten perfiden Strategie der Erzeugung von Angst und Panik, die v. a. auf Kinder und junge Menschen zielt und diese in Angst, Schrecken und Depressionen treibt. Damit wird eine Eilbedürftigkeit von Entscheidungen suggeriert, die es nicht gibt.

Da im Text explizit Bezug genommen wird auf den Zwischenbericht des IPCC (SR1,5 von 2018), komme ich nicht umhin, diesen Bericht kurz zu beleuchten!

Den meisten hier in der Runde dürfte nicht bekannt sein, daß dieser Sonderbericht des IPCC vor dem jüngsten COP24-Treffen in Kattowitz zwar veröffentlicht, aber aufgrund von Einwänden einer Reihe von Regierungen nicht angenommen wurde!

In einer Stellungnahme hat der international anerkannte hochdekorierte irische Physiker,

Meteorologe und Klimaforscher Professor Bates dargelegt, wie es dazu kam.

Prof Bates war u. a. auch als Gutachter für den dritten und fünften Sachstandsbericht des IPCC verantwortlich tätig. Er ist Mitglied der Royal Irish Academy, der Academia Europaea sowie Mitglied der American Meteorological Society und der Royal Meteorological Society.

Prof. Bates hat bewertet, ob der IPCC-Bericht eine ausreichende wissenschaftliche Genauigkeit aufweist, die dem Ausmaß seiner äußerst kostspieligen und höchst eingreifenden Empfehlungen entspricht, die Kohlenstoffemissionen bis Mitte des Jahrhunderts auf Null zu senken.

Er findet in dem Bericht kein solches Maß an wissenschaftlicher Genauigkeit. Insbesondere weist SR1.5 in folgenden Punkten einen Mangel an wissenschaftlicher Präzision auf:

1. Es weicht vom letzten IPCC-Hauptbericht von 2013 (AR5) in Richtung eines drohenden planetarischen Klima-Notstands ab, ohne fundierte wissenschaftliche Gründe dafür anzugeben.

2. Wichtige Forschungsergebnisse, die seit dem letzten IPCC-Bericht von 2013 gesammelt wurden, vermindern aber gerade die Wahrscheinlichkeit eines drohenden Klima-Notfalls erheblich. Diese Forschungsergebnisse wurden überhaupt nicht berücksichtigt.

3. Es gibt beunruhigende Enthüllungen einer weit verbreiteten Praxis unter Klimawissenschaftlern, ihre globalen Klimamodelle so zu optimieren, daß sie gewünschte Ergebnisse erzielen. Diese Enthüllungen wurden ebenfalls nicht erwähnt.

Insgesamt kommt Prof. Bates zu folgender Schlussfolgerung. „Angesichts dieser Mängel verdient der SR1.5-Bericht es nicht, von den politischen Entscheidungsträgern als wissenschaftlich fundiertes Dokument angesehen zu werden. Es gibt viele neuere wissenschaftliche Beweise, auf die im Bericht nicht Bezug genommen wird, die eine überlegtere Minderungsstrategie als die in dem Bericht vorgeschlagenen extremen Maßnahmen stützen“.

Sein Kollege Prof. Walsh, ehemaliger Vorsitzender des irischen Nationalrats für Wissenschaft, Technologie und Innovation sagt dazu: „Die Einhaltung höchster wissenschaftlicher Standards seitens des IPCC in seinen periodischen Berichten kann in ihrer Wichtigkeit kaum

überschätzt werden. Die Regierungen verlassen sich auf die wissenschaftliche Objektivität dieser Berichte, um wichtige Entscheidungen in Bezug auf die Wirtschaft ihres Landes und das Wohlergehen ihrer Bevölkerung zu treffen. Die politischen Entscheidungsträger sollten sorgfältig die im Bericht von Prof. Bates festgestellten erheblichen Mängel des IPCC-Zwischenberichts bedenken, bevor sie über die Umsetzung seiner Empfehlungen nachdenken. “

Dem können wir uns nur anschließen.

Meine Damen und Herren, der Wähler erwartet von uns zu Recht eine an Vernunft und wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtete Politik. Er hat uns seine Stimme nicht gegeben, um einer von Emotionen geleiteten Politik zu folgen, deren Auswirkungen zu schweren Verwerfungen und Schäden für jeden Einzelnen und unser Gemeinwesen führen können.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, warnte erst am WE vor Aktionismus und „Hysterie“ in der Klimapolitik. „Immer neue Vorschläge für immer mehr Verbote bringen uns nicht weiter“, sagte er, “... wir müssen aufpassen, dass wir nicht in Aktionismus verfallen, der dann irgendwann sogar in einer Klimahysterie endet“.

Lassen Sie mich eins klarstellen: Wir haben sicher nicht das Recht, die ökologischen Grundlagen für zukünftige Generationen zu zerstören, das tun wir auch nicht! Wir haben aber auch nicht das Recht, die wirtschaftlichen Grundlagen für nachfolgende Generationen zu zerstören.

Mit dieser ökopopulistischen und alarmistischen Resolution, von der wir nicht wissen, aus welcher Grünen-Parteizentrale oder Stiftung sie stammt, die erhebliche Verpflichtungen für den Landkreis nach sich ziehen wird, wird genau das versucht. Wir kennen das zur Genüge. Man fängt mit soft-law an und schafft nach und nach harte Fakten, oft über NGOs und die Verwaltungsgerichte.

Der mögliche Einwand, dass eine Resolution keine rechtlich bindende Wirkung hätte, kann nicht angenommen werden, da der Kreis mit Annahme dieser Resolution erhebliche Verpflichtungen eingehen würde, wie z.B. eine Reduktion der kreiseigenen CO<sub>2</sub>-Emissionen um 10% alle 5 Jahre, oder die Akzeptanz eines verstärkten Einflusses nicht demokratisch gewählter Akteure auf die Kreispolitik!

Meine Damen und Herren, eine Zustimmung zu dieser Resolution käme einer Öffnung der Büchse der Pandora



gleich! An dieser Resolution ist nichts bürgerlich, nichts konservativ oder liberal, die Klimapolitik dient vorrangig dem Ziel der ökosozialistischen Transformation unserer Bürgergesellschaft hin zu einer von Verboten, Überwachung und Einschränkung der persönlichen Freiheiten geprägten sozialistischen Kommandowirtschaft.

Die noch verbliebenen Konservativen in der CDU und die Liberalen in der FDP müssen sich fragen, ob sie aus rein machtpolitischen Erwägungen dieser beabsichtigten Umgestaltung unserer Gesellschaft zustimmen wollen und einem weiteren Linksruck ihrer Parteien folgen möchten.

Meine Damen und Herren, die AfD-Kreistagsfraktion kann aus den genannten Gründen dieser Resolution nicht zustimmen.